

Tibet darf nicht sterben

Das tibetische Volk und mit ihm eine der ältesten Hochkulturen der Erde sind vom Tod bedroht. Doch die Welt schweigt dazu seit über vier Jahrzehnten.

Wir haben seit langem versucht, das über Tibet gebreite Schweigen zu brechen, mit jahrelanger, zäher und oft auch frustrierender Bundestagsarbeit, mit außerparlamentarischen Aktivitäten, mit Veröffentlichungen und Unterstützung des Aufbaus vieler regionaler Tibet-Initiativen und mit der Initiierung und Durchführung der ersten internationalen Tibet-Anhörung im April 1989 in Bonn, einem sehr erfolgreichen Unternehmen, das viel ins Rollen gebracht hat z.B. auch zahlreiche Folgeveranstaltungen in Neu Delhi, London, Kopenhagen, Den Haag und Tokyo.

Sichbare Zeichen einer sich langsam verändernden Einstellung der Weltöffentlichkeit zum Tibet-Problem waren nicht zuletzt auch die Verleihung des Friedensnobelpreises an den aus Tibet vertriebenen Dalai Lama und sein Empfang durch den tschechoslowakischen Präsidenten Vaclav Havel im Februar 1990 sowie durch Bundespräsident Richard von Weizsäcker im Oktober 1990 in Berlin.

Für diese viel zu langsame Veränderung ist es freilich allerhöchste Zeit, wenn die Welt nicht tatenlos der endgültigen Vernichtung des tibetischen Volkes und seiner einmaligen Hochkultur zusehen will.

Nach geltendem internationalen Recht ist Tibet ein unabhängiges Land unter der illegalen, militärischen Fremdherrschaft der Volksrepublik China. So sagt es auch eine Studie des wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages zur völkerrechtlichen Situation Tibets, die wir in Auftrag gegeben hatten.

Die Lage im seit über vier Jahrzehnten besetzten und unterdrückten Tibet ist unverändert kritisch. Denn nach dem Scheitern aller Bemühungen, den Freiheitswillen der Tibeter und ihr Streben nach Unabhängigkeit zu brechen, hat China seit 1983 eine neue Politik lanciert, die das Tibet-Problem endgültig im Sinne Chinas lösen soll: Nämlich Tibet mit einem

riesigen Zustrom von chinesischen Siedlern zu überfluten. Falls diese Politik ungehindert fortgesetzt werden kann, werden die Tibeter sehr bald eine unbedeutende und entrechtete Minderheit im eigenen Land sein. In Lhasa beispielsweise leben heute schon 160.000 Chinesen neben etwa 50.000 Tibetern. Auch in anderen Gebieten Tibets weist der Zustrom chinesischer Siedler ähnlich dramatische Ausmaße auf, mit dem Ergebnis, daß heute im ehemaligen Tibet weit mehr Chinesen als Tibeter leben. Wobei noch daraufhinzuweisen ist, daß die von China als Tibet bezeichneten Gebiete ohnehin nurmehr ein Drittel des ehemaligen Tibet umfassen, weil die VR China sich rund zwei Drittel Tibets als Teil chinesischer Provinzen längst einverleibt hat.

ZWANGSABTREIBUNGEN UND -STERILISIERUNGEN

Umso unverständlicher ist es, daß es gegen die Vergewaltigung und Aufteilung Tibets durch China so gut wie keinen Protest der westlichen Regierungen gegeben hat. Dabei waren und sind die grausamen Tatsachen des von China in Tibet begangenen Völkermords keineswegs unbekannt. Mehr als eine Million Tibeter sind ihm bisher zum Opfer gefallen, Hunderttausende konnten ihr Leben nur durch die Flucht ins Ausland retten. Mit Zwangsabtreibungen und -sterilisationen großen Stils wird die tibetische Bevölkerung weiter reduziert. Durch die systematische Zerstörung fast aller Klöster wurden die Tibeter der Zentren ihres religiösen und kulturellen Lebens beraubt. Eingriffe in das traditionelle Gleichgewicht von Landwirtschaft und Viehzucht hatten Mißwirtschaft und vorher nicht gekannte Hungersnöte zur Folge. Die Ausplünderung der reichen Bodenschätze, die Vernichtung des Tier- und Baumbestandes, die Militarisierung der einstigen Friedenszone in Zentralasien und ihr Mißbrauch als Atommülllager und Stationierungsgebiet chinesischer Atomraketen setzen weitere Eckdaten für die vorsätzliche Zerstörung einer der ältesten Hochkulturen der Welt.

ZUM 32. JAHRESTAG DES TIBETISCHEN VOLKSAUFSTANDES GEGEN DIE CHINESISCHE BESETZUNGSMACHT AM 10.3.1991

von Petra Kelly
und Gert Bastian

„Tibet ist das größte Land, das nach 1945 seine Souveränität verloren hat. Ausgerechnet durch ein kommunistisches Land, das verbat einen antikolonialistischen Kampf führte. Es hängt auch viel mit der journalistischen Ethik zusammen, daß dieses Thema kein Thema war und ist.“

Franz Alt

Das Grundproblem in der Tibet-Frage ist also, wie Chinas fortgesetzte, illegale Besetzung Tibets von einer dauerhaften, friedlichen und das Selbstbestimmungsrecht der **Tibeter** achtenden Lösung ersetzt werden kann.

Natürlich ist China bemüht, die bedrückenden Tatsachen im Zusammenhang mit Tibet zu verschleiern und den Eindruck zu erwecken, als sei Tibet ein natürlicher Bestandteil Chinas, das nach Jahrzehnten der Fremdherrschaft von der chinesischen Volksbefreiungsarmee „heimgeholt“ worden wäre. Doch ein seriöses Studium der völkerrechtlichen Lage Tibets läßt keinen Zweifel daran, daß Tibet vor der **1949** beginnenden chinesischen Invasion ein unabhängiger, souveräner Staat gewesen ist.

Der »**Boston Globe**« schrieb am **25.9.1990** in einem Editorial zurecht: „Unter Berufung auf das Völkerrecht und die nationale Souveränität haben fast alle Staaten der Welt den Einmarsch des Irak und die **Annektion Kuweits** verurteilt. Vor vierzig Jahren fiel China in Tibet ein und annektierte das Land, aber die Welt verharrt seither in einem schändlichen Schweigen und tut so, als sei nichts geschehen. Dieses Schweigen ist auch heute noch eine Schande. Inzwischen sind das tibetische Volk und seine alte Kultur durch das Regime in Peking mit der Auslöschung bedroht.“

Wenn es richtig ist, Irak an der völligen Zerstörung **Kuweits** zu hindern, dann ist es auch richtig, sich für Tibet einzusetzen!“

Doch das Gegenteil geschieht in der offiziellen Politik. Präsident Bush und die westlichen Regierungen sind zwar offensichtlich bereit, für die Wiederherstellung der Souveränität **Kuweits** sogar Krieg zu führen, aber im Falle Tibet gibt es nicht einmal einen ernsthaften politischen Druck auf China, Tibet nicht länger zu vergewaltigen. Und alle Sanktionen gegen China, die nach dem Massaker auf dem Platz **des** himmlischen Friedens im Sommer **1989** unter dem Druck der öffentlichen Empörung verhängt wurden, sind jetzt, nach Chinas Wohlverhalten im Sicherheitsrat der UN bei der Verurteilung der irakischen Aggression, wieder zurückgenommen und von neuen Kreditströmen abgelöst worden. Es ist wohl das Unglück Tibets, über keine **Ol**-quellen zu verfügen und so keinen

Anreiz zu bieten, für sein Selbstbestimmungsrecht auch nur ein Stirnrunzeln bei den Mächtigen in Peking zu riskieren.

KOLLEKTIVES SCHWEIGEN ZUR UNTERDRÜCKUNG

Auch die Bundesregierung macht von dieser Regel leider keine Ausnahme. Auch sie beteiligt sich an dem Komplott **des** Schweigens in der Tibet-Frage, wie sehr sie auch sonst bemüht ist, den Eindruck **konsequenter** Eintretens für die **Menschenrechte** zu erwecken.

Noch im Winter **des** letzten Jahres fand die **Bundesregierung** zwar die Menschenrechtslage in China und Tibet 'sei ernst und erklärte, „Maßnahmen der Indoktrination und Einschüchterung sowie Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit halten unvermindert an“, doch schon ein Jahr später behauptete das Auswärtige Amt „in China einschließlich Tibet hat sich die Menschenrechtslage seit Sommer 1989 insofern geändert, als die chinesische Regierung offensichtlich bemüht ist, die einschneidenden Maßnahmen, die damals getroffen worden waren, zu korrigieren.“

Auch die von den Grünen initiierten Bundestagsdebatten und Anträge zum Thema **Menschenrechtsverletzungen** in China und Tibet und ihr nach den Blutbädern in **Lhasa** (März **1989**) und Peking (Sommer **1989**) einstimmig angenommenen Anträge, Entwicklungshilfe und Hermes-Bürgschaften für China zu stoppen, wurden von der Bundesregierung nicht ernst genommen. Der Spiegel schrieb dazu in der Ausgabe Nr. **51/90**:

„Hinter der diplomatischen Rhetorik, mit der Genschers Außenamt die Exportinteressen der deutschen Industrie zu überdecken sucht, verbirgt sich blanker Opportunismus. Die Krise am Persischen Golf und Chinas „konstruktives Verhalten“ im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen haben nach Ansicht eines Bonner Diplomaten das stalinistische Regime in Peking wieder salonfähig gemacht. Das sei ein „schleichender Wandel“ gewesen - eine „**Neudefinition** der menschenverachtenden Politik“ in China gebe es in Wahrheit nicht.“

Tatsächlich gehen die schweren

Menschenrechtsverletzungen in China und Tibet unvermindert weiter, berichten **amnesty international** und **Asia Watch**. Tausende Menschen sitzen seit achtzehn und mehr Monaten ohne Gerichtsverfahren in Gefängnissen, „China **fällt** in dunkle Zeiten zurück“ erklärte die Frankfurter Allgemeine Zeitung im Dezember **1990**. Wie die Bundesregierung haben auch alle anderen EG-Staaten wegen **des** chinesischen **Wohlverhaltens** in der **Golfkrise** ihre Sanktionen aufgehoben und neue Kontakte zur Regierung in Peking gesucht. Auch bei uns läuft das China-Geschäft **des BMZ** seit geraumer Zeit wie geschmiert. Zwar wurde finanzielle Zusammenarbeit im Juni **1989** offiziell ausgesetzt, doch sind in aller Stille seitdem Darlehens- und Finanzierungsverträge über **561,6** Millionen Deutsche Mark unterzeichnet worden.

Hieß es im Juni **1989** amtlich, es dürften keine neuen Maßnahmen begonnen oder umgesetzt werden, so wurde unter der Hand unvermindert weitergeplant, -geprüft und -projektiert.

Als der Bundestag am **23.10.1990** seine Beschlüsse vom Juni **1989**, die deutsch-chinesische Zusammenarbeit einzufrieren, gegen die Stimmen von Grünen und SPD lockerte, da waren über **700** Millionen längst zugeteilt oder versprochen!

Wenn in der Haltung gegenüber China weiterhin die Wirtschaftsinteressen bestimmend bleiben, ist das Schicksal Tibets besiegelt. Nur eine radikale Änderung dieses beschämenden Opportunismus auch unserer Regierung kann hier noch **helfen**. **Das Tibet-Problem** und das Schicksal der Demokratiebewegung in China bleiben klare Prüfsteine für die Moral in der internationalen Menschenrechtspolitik.

Unsere Regierungen müssen endlich aufhören, die Menschenrechte für ihre eigenen politischen, militärischen und wirtschaftlichen **Interessen** zu **instrumentalisieren**. Menschenrechte sind unteilbar. Wann, wo und von wem auch immer sie verletzt werden, stets muß die **öff entliche** Anklage durch jeden, der seine Stimme erheben kann, die Folge sein.

Schweigen ist Verrat an den Leidenden! Das Schweigen zur Unterdrückung in Tibet macht uns alle zu Komplizen der Unterdrücker. Das darf und kann nicht langer sein.